

editorial

inhalt

Liebe Leserinnen und Leser!

vor uns liegt der G8-Gipfel, ein Thema, das uns sehr am Herzen liegt, weshalb wir es auch für diese Ausgabe als Titelthema gewählt haben. Im Artikel über den Gipfel (S. 11) findet ihr Informationen über die Hintergründe und Argumente, warum man sich gegen G8 engagieren sollte.

Ein weiteres Herzensthema ist der Feminismus, den Artikel (S. 14) findet ihr in unserer Rubrik „theorie“, passend dazu ist auch die Rubrik „zur person“ (S.16).

Mit solidarischen Grüßen,

Eure Kontrabass-Redaktion

news	S. 04
fahnen auf halbmast!	S. 06
usta-wahl	S. 08
g8	S. 11
feminismus	S. 14
louise schröder	S. 16
asylpolitik der eu	S. 19
die internationale	S. 23

Impressum

Herausgeber: Kontrabass e.V.

Anschrift: c/o JUSO-HSG, UStA Universität Karlsruhe, Adenauerring 7, 76131 KA

Chefredaktion: Jasmin Sille

Redaktion: Michael Fischer, Michael Schmidt, Peter Michl

Anzeigen: Michael Schmidt, Michael Fischer

V.i.S.d.P.: Boris Bartenstein

Auflage: 750

news

Jusos im StuPa

Nach der letzten StuPa-Wahl im Januar konnten wir dank des aktiven Wahlkampfes unsere Beteiligung von 3 auf 5 Sitze erhöhen.

Für euch im Studierendenparlament sind:

Boris Bartenstein	844 Stimmen
Christopher Prohm	483 Stimmen
Christoph Hartmann	459 Stimmen
Jasmin Sille	406 Stimmen
Michael Fischer	391 Stimmen

(mehr dazu auf Seite 8)

| 04

Arbeitskreis der Studiengebühren-gegnerInnen umbenannt

Seit diesem Semester heißt der ehemalige AK Anti500 nun AK Freie Bildung. Die Umbenennung drückt die nun erweiterte politische Stoßrichtung aus: Nicht nur mehr alleinige Gegnerschaft zu Studiengebühren, sondern eine erweiterte Kritik der Ökonomisierung des Bildungsbereichs stehen im Fokus der Gruppe. Der AK trifft sich jeden Donnerstag ab 19 Uhr im UStA.

Anzeige

FRISEUR STYLE FORUM

 <p>Dauerwelle all inc. 44.50 €</p> <p>Volumenwelle all inc. 44.50 €</p> <p>Teildauerwelle (o. Schnitt, Frisur) 20.- €</p> <p>L`Oreal Blondierung & Haarfärbung ab 15.- € (am Ansatz mit Platin- oder Majiblonde)</p> <p>Foliensträhnen Blond 40.- € (ganzer Kopf ohne Folienbegrenzung)</p>	 <p>Dauerwelle all inc. 44.50 €</p> <p>Volumenwelle all inc. 44.50 €</p> <p>Teildauerwelle (o. Schnitt, Frisur) 20.- €</p> <p>L`Oreal Blondierung & Haarfärbung ab 15.- € (am Ansatz mit Platin- oder Majiblonde)</p> <p>Foliensträhnen Blond 40.- € (ganzer Kopf ohne Folienbegrenzung)</p>
--	---

4 €
Gutschein auf alle Schnitte

5 €
Gutschein auf ???

Kaiserstr. 67 - 76137 Karlsruhe - Tel.: 0721 - 35 40 340

Juso-Hochschulgruppe Karlsruhe wählt neuen Vorstand

Bei der Semesterhauptversammlung am 23. April hat die Juso-HSG Karlsruhe einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Sprecher ist Michael Schmidt (EuKlId), Stellvertreterin ist die Kontrabass-Chefredakteurin Jasmin Sille (Germanistik). Zudem sind Peter Michl (Wirtschaftsingenieurwesen) und Christopher Prohm (Physik) im Vorstand.

Studierende in Bayern klagen gegen Studiengebühren

Bayrische StudentInnen, an vorderster Front die Juso-Hochschulgruppe Würzburg, klagen vor dem Verwaltungsgericht München gegen das im Jahr 2006 verabschiedete Landeshochschulgesetz, in dem auch die Einführung von Studiengebühren verankert ist. Am 2. Mai wurde eine Popularklage eingereicht, an der auch Prominente wie Barbara Schöneberger und Claudia Roth beteiligt sind. Wir wünschen den Bayrischen Studierenden viel Erfolg!!

Gewerkschaftshochschulgruppe gegründet

An der Universität Karlsruhe wurde die „Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe“ gegründet. Sie ist eine Gruppe von StudentInnen, die Bildungsthemen und Themen aus der Arbeitswelt auf dem Campus und darüber hinaus platzieren will.

Einer der ersten Themenschwerpunkte soll die Untersuchung der Situation studentischer Beschäftigter an der Universität sein.

Die „Gewerkschaftliche Studierendengruppe Karlsruhe“ steht allen offen, die den Wandel von Bildung, Arbeit und Beschäftigung aktiv mitgestalten wollen.

Kontakt: gewerkschaften@usta.de



Die bayrischen Kläger mit dem Gebührenschwein auf dem Weg nach München

fahnen auf halbmast!

Als Zeichen der Trauer um den Tod des ehemaligen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Hans Filbinger, war vom jetzigen Amtsinhaber Oettinger angeordnet worden, die Landesfahnen auf Halbmast zu setzen – weit über Baden-Württemberg hinaus wurde man jedoch auf die Trauerrede aufmerksam, die Günther Oettinger am 11. April 2007 im Freiburger Münster für seinen Parteifreund hielt, der auch Ehrenvorsitzender der Landes-CDU gewesen war. In dieser Rede wagte Oettinger es, Filbinger als „Gegner des NS-Regimes“ zu bezeichnen, obwohl dieser 1978 wegen seiner Beteiligung an Verbrechen des Nazi-Staates zurücktreten musste.

Seinerzeit hatte der Schriftsteller Rolf Hochhuth diese Fälle ans Licht gebracht

und Filbinger als „furchtbaren Juristen“ bezeichnet, denn dieser hatte als Marinejurist noch kurz vor Ende des Krieges 1945 für den fahnenflüchtigen Matrosen Walter Gröger als Anklagevertreter die

Todesstrafe beantragt und nach entsprechendem Urteil die Hinrichtung selbst vollstrecken lassen. Zwei weitere Fahnenflüchtige, die jedoch nicht gefasst werden konnten, hatte er, diesmal direkt als Richter, zu Tode verurteilt.

Schon vor diesem Hintergrund fällt es gelinde gesagt schwer, sich Filbinger als einen ‚geistigen‘ Gegner des NS-Regimes vorzustellen, doch nachdem er sich ja in der Affäre 1978 noch mit markigen Sprüchen, wie „was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“, verteidigt

hatte, kann man Oettingers Behauptung



Ministerpräsident Oettinger (CDU) bei seiner Trauerrede für Hans Filbinger

tung, dass Filbinger ein NS-Regimegegner gewesen sei, nur noch schlicht und er-greifend eine vorsätzliche Geschichtsklit-terung nennen. Im Umfeld Oettingers war der Text zur Trauerrede sorgsam vorberei-tet worden.

Sogar Angela Merkel war schlau ge-nug Günther Oettinger nach diesem kapita-len Fauxpas zu einem ‚klärenden Gespräch‘ zu bitten, und ihn zu zwingen, seine Formu-lierung, die er davor mehrmals bekräftigt hatte, endgültig zu-rückzunehmen.

Doch die Stimmen, die nun Oettingers Rücktritt fordern, bleiben berechtigt. Denn, wie Jürgen Hahnefeld vom ‚Norddeutschen Rundfunk‘ meint, „...einen derartigen Fehler zu begehen, ist schlimm. Ihn aber nicht zu begreifen, disqualifiziert ihn endgültig.“ Und dies disqualifiziert nicht nur ihn, sondern große Teile der baden-württembergischen CDU , in denen Oet-tingers Geschichtsdeutung vorherrscht. Wenn diese Filbinger als einen Gegner des NS-Regimes ansehen, dann möchte man lieber gar nicht wissen, wen diese Menschen lediglich für einen Mitläufer halten.

Im Übrigen hat Oettinger durch seine Trauerrede wieder einmal klargemacht,

was von ihm, dem Einführer der Zwangs-gebühren fürs Studium, hochschulpoli-tisch zu halten ist, denn er bezeichnete Filbinger, der ja die verfasste Studieren-denschaft und damit die demokratisch organisierte Hochschule abschaffte, als großen Bildungspolitiker „unter seiner Führung [...] wurden damals Reformen



Zurechtgewiesen: Oettinger holt sich seine Standpauke ab

im Schul- und Hochschulbereich durchgeführt, deren Weitsichtigkeit und Bedeutung – erst recht im Lichte der Pisa-Studien und Exzellenzinitiativen – heute offenkundig sind“.

Wenn du auch weiterhin einen solchen ‚Landesvater‘ hast, Baden-Württemberg, dann kannst du getrost die Fahnen auf Halbmast belassen.

Michael Schmidt

Weiterführende Informationen

in diesem Zusammenhang findet ihr auf folgenden Seiten:

<http://www.hans-filbinger.de/> (offizielle Homepage Hans Filbingers)

<http://www.studienzentrum-weikersheim.de> (durch Filbinger gegründetes Netzwerk der „neuen Rechten“)

<http://fraktion.bawue.spd.de/download/rede%20vogt%20trauerrede%20filbinger.pdf> (Rede Ute Vogts am 25.4.07 vor dem Landtag Baden-Württemberg)

zur wahl des neuen uStA

- die realität braucht keine satire

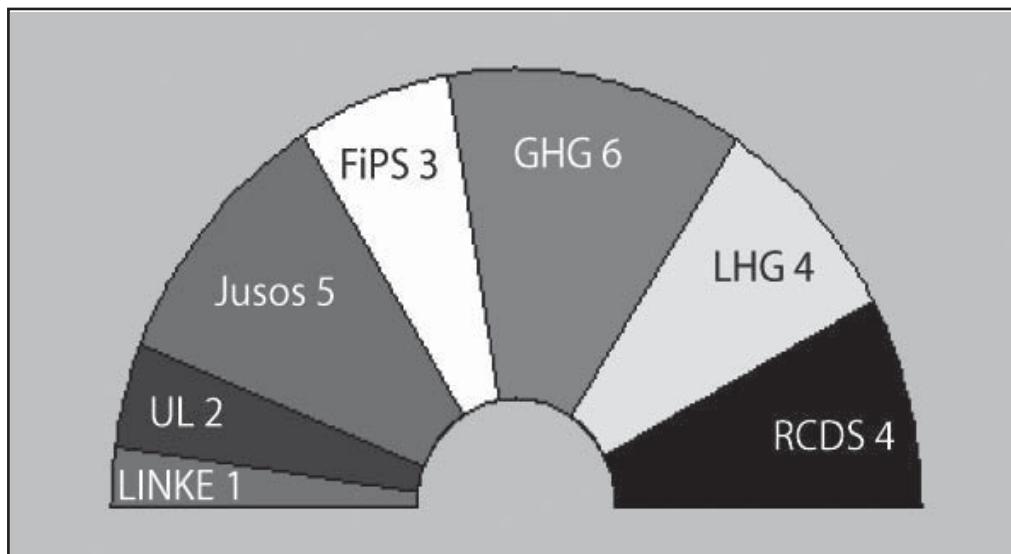
Vom 15. bis zum 19. Januar fanden an der Universität Karlsruhe die Wahlen zum höchsten beschlussfassenden Gremium der Studierendenschaft, dem Studierendenparlament (StuPa) statt.

Klarer Wahlsieger war die Liste der Juso-Hochschulgruppe/Sozialdemokraten. Wir konnten unsere Sitzanzahl von drei Sitzen (11,6 %) auf fünf Sitze (19,7 %) erhöhen. Nochmals ein Dankeschön an unsere WählerInnen, wir werden uns mit aller Kraft für unsere Wahlversprechen ins Zeug legen!

Die nun im StuPa vertretenen Fraktionen (s. Kasten) wählen einen Vorstand der Studierendenschaft, den unabhängigen

Studierendenausschuss (UStA). In ihm werden, ähnlich einem Kabinett auf Bundes- oder Länderebene, Referatsposten mit bestimmten Zuständigkeiten besetzt. Diese Referate werden in einer Einzelpersonenwahl vom StuPa gewählt (näheres unter www.usta.de). Leider konnte das tolle Wahlergebnis nicht in eine entsprechende Beteiligung im UStA umgesetzt werden.

In der diesjährigen Wahlsitzung am 24. April gab es eine besondere Situation: Zwei gegeneinander konkurrierende Vorstandsvorschläge wurden in Kampfkandidaturen zur Wahl gestellt: Ein Vorschlag



aus der Nähe der Liste der FiPS (FiPS-Vorschlag) und ein Vorschlag, der sich aus dem Anti-Studiengebühren-Bündnis „AK Freie Bildung“ herausgebildet hatte (FreieBildung-Vorschlag).

Mit Ausnahme von Sarah Bachmann, Arthur Kleer, Friedhelm Pohl (alle FiPS), Verena Müller (UL) und Peter Michl (Jusos) gehörte keine der vorgeschlagenen Personen einer im StuPa vertretenen Liste an. So stand nun also ein Mitte-Rechts Personenbündnis (FiPS-Vorschlag) einem Mitte-Links Personenbündnis (FreieBildung-Vorschlag) gegenüber. Beide Vorschläge waren aber auf eine Mehrheit der im StuPa vertretenen Listen angewiesen.

Nach einer langen Sitzung standen dann die Ergebnisse fest (s. Kasten rechts). Der neue UStA ist also ein zusammengewürfelter Kompromiss der beiden Vorschläge, bei dem der FiPS-Vorschlag überwiegt. Wie konnte es dazu kommen?

Die Referatskandidaten des FiPS-Vorschlages gelangten mit teilweise äußerst fragwürdigen Methoden in ihre Ämter. So schafften es die FiPS eine Außenreferentin durchzusetzen, für die der G8-Gipfel nichts weiter als ein lustig-heiteres Zusammentreffen unserer ach so geschätzten Wirtschafts- und Regierungschefs ist, die bei musikalischer Unterhaltung lustig-heitere Dinge machen. Was genau, entzog sich der Kenntnis der Kandidatin. Wir sehen mit größter Sorge, dass diese Referentin nun die Studierendenschaft von Karlsruhe auf Länder- und

Bundesebene (LAK, fzs) vertreten wird. Die FiPS, die laut Eigenaussage lediglich pragmatische (also an keinen höheren politischen Idealen orientierte) Politik betreiben, können ja durch ihr ganz spezielles Politikverständnis auch gar keine weitergehenden Perspektiven und Analysen für studentische Hochschulpolitik bieten und werden so wohl mehr Politik verwalten als sie zu gestalten. Traurig, aber wahr.

Der UStA 2007/08

Vorsitz: Sylvia Barkholz (FiPS-Vorschlag)
Außen: Sarah Bachmann (FiPS-Vorschlag)
Innen: Peter Michl (FreieBildung-Vorschlag)
Sozial I: Nadja Brachmann (FreieBildung-Vorschlag)
Sozial II: Nicole Neubauer (FiPS-Vorschlag),
ohne GegenkandidatIn
Öko: Sebastian Felzmann (FiPS-Vorschlag)
Finanz: Andreas Kosmider (FiPS-Vorschlag),
ohne GegenkandidatIn
Kultur: Arthur Kleer (FiPS-Vorschlag),
ohne GegenkandidatIn

Die marxistisch-leninistische Hochschulgruppe (Die Linke.hochschulgruppe) stimmte in gewohnt konsequenter Weise für genau die Vorschläge, die ihr den größten Machtgewinn versprechen konnten, das heißt sie unterstützte den kompletten FiPS-Vorschlag. So ist jede Stimme der kommunistischen Hochschulgruppe eine Stimme für die Reaktion gewesen. Auch das: Irgendwie konsequent.

Aber es geht natürlich noch doller:

in einem Moment der allgemeinen Fassunglosigkeit schaffte die Grüne Hochschulgruppe (GHG) das Ökologiereferat ab. Nein, nein ihr habt richtig gelesen: Die GHG stimmte in der Kampfabstimmung um die Besetzung des Ökologiereferats nicht etwa für die Kandidatin des Anti500-Vorschlages, die sich in ihrer Bewerbung für eine starke ökologisch-grüne Orientierung innerhalb ihrer etwaigen Referentinnentätigkeit aussprach, sondern sie stimmte für den Kandidaten des FiPS-Vorschlages, der in seiner Bewerbung ökologischer Arbeit (im Ökologiereferat!!!) keine Bedeutung zumaß, und sich als Presse- und Öffentlichkeitsreferent aufstellen ließ. Uns macht weniger die Tatsache Kopfzerbrechen, dass der UStA nun einen Presse- und Öffentlichkeitsreferenten besitzt (im Gegenteil, das halten wir für sinnvoll). Uns macht das politisch-moralische Selbstverständnis der Grünen Hochschulgruppe Kopfzerbrechen, die ein voll funktionales Referat, welches ihre ureigensten Interessen vertritt, abschaffen kann. Viel weiter kann die Zersetzung jeglicher kritisch-materialistischer Vernunft nicht mehr gehen. Herzlichen Glückwunsch ihr Grünen, echt super gemacht, in dieser Topform wollen wir mehr von euch sehen.

Unter den gegebenen Bedingungen wird es immer schwerer, progressiv-kritische Hochschulpoli-

tik an der Universität zu betreiben. Linke, fortschrittliche Hochschulpolitik – die übrigens mit dem großen Stimmenzugewinn der Juso-Hochschulgruppe/Sozialdemokraten ein klares WählerInnenvotum erhalten hatte – konnte durch den persönlich-intriganten Klüngel der FiPS verhindert werden. Wir meinen: Vielen Dank, ihr lieben Reaktionäre.

Michael Fischer
Anzeige

| 10

Wissensdurst?



**BUCH
HAND
LUNG**
am
**KRONEN
PLATZ** GmbH

24 Stunden:

www.kronenplatz.de

Kaiserstr. 18 • 76133 Karlsruhe

Tel. 0721/377775 • Fax: 0721/377575

g8 – menschen vor profite

Die Welt wird im Juni 2007 nach Deutschland schauen –

genauer gesagt nach Heiligendamm, dem beschaulichen Ostseebad in dem der G8-Gipfel stattfinden wird. Ein riesiges Polizeiaufgebot wird dort die Sicherheit der Vertreter der acht führenden Industrienationen gewährleisten. Die USA, Kanada, Japan, Frankreich, England, Italien, Deutschland und (seit 1997) Russland versuchen in Heiligendamm ihren Einfluss auf das Weltgeschehen koordiniert geltend zu machen.

Stoppt den G8-Gipfel!

Warum sollte man versuchen den G8-Gipfel zu stoppen? Ist es nicht legitim wenn sich in Zeiten des grenzüberschreitenden Geldflusses und der internationalen Konzerne Staatsspitzen treffen, um über weltweite Probleme zu diskutieren und Lösungen für diese zu finden? In seiner jetzigen Form ist die Rolle der G8-Gruppe jedenfalls nicht zu akzeptieren, denn sie ist mehr Teil des Problems als Ansatz zu seiner Lösung: Gerade die weltweite Liberalisierung und Erschließung der Märkte im Sinne der neoklassischen Wirtschaftsdenkweise sind dezidierte Ziele

und Ergebnisse der Politik der Ländergruppe. Da sie innerhalb des ‚Internationalen Währungsfonds‘ (IWF), der ‚Weltbank‘ und der ‚Welthandelsorganisation‘ (WTO) eine enorme Macht hat, kann sie ihre Politik über diese Institutionen auch wirksam durchsetzen. Gerade die ärmsten Länder dieser Erde werden durch den erzwungenen Freihandel mit starken und kapitalistischen Industrienationen in ihrer eigenen Entwicklung gehemmt oder gar vollkommen gebremst – während sich oft eine völlig korrupte Elite entwickelt und eine furchtbare Kriminalität die schutzlosen Ärmsten der Armen noch weiter ausbeutet.

Für eine Stärkung der Weltgemeinschaft!

Der andere Grund weshalb man die G8-Gruppe in ihrer jetzigen Form ablehnen sollte ist, dass sie durch ihre Absprachen hinter verschlossenen Türen die Weltgemeinschaft in den ‚Vereinten Nationen‘ schwächt. Diese hat schon jetzt viel zu wenig Bedeutung, muss sich allerdings aber auch demokratisch noch weiter entwickeln. Falls die Menschheit nicht zu Grunde gehen will, muss sie, ob kurz oder lang, eine wirklich starke soziale und demokratische Weltgemeinschaft mit

entsprechenden Institutionen entwickeln, die globalen Problemen, wie der Klimaveränderung und der auseinander gehenden Schere zwischen Arm und Reich, auch global begegnen kann. Ein Club der Privilegierten wird – und das scheint leider in der menschlichen Natur zu liegen – nie so weit denken und die Forderungen der unterentwickelten Länder erfüllen, die nicht seiner eigenen Strategie auf kurzfristigen Profit entsprechen. Selbst wenn diese Forderungen rational gesehen eigentlich langfristig für alle von Vorteil wären.

Was kann man tun?

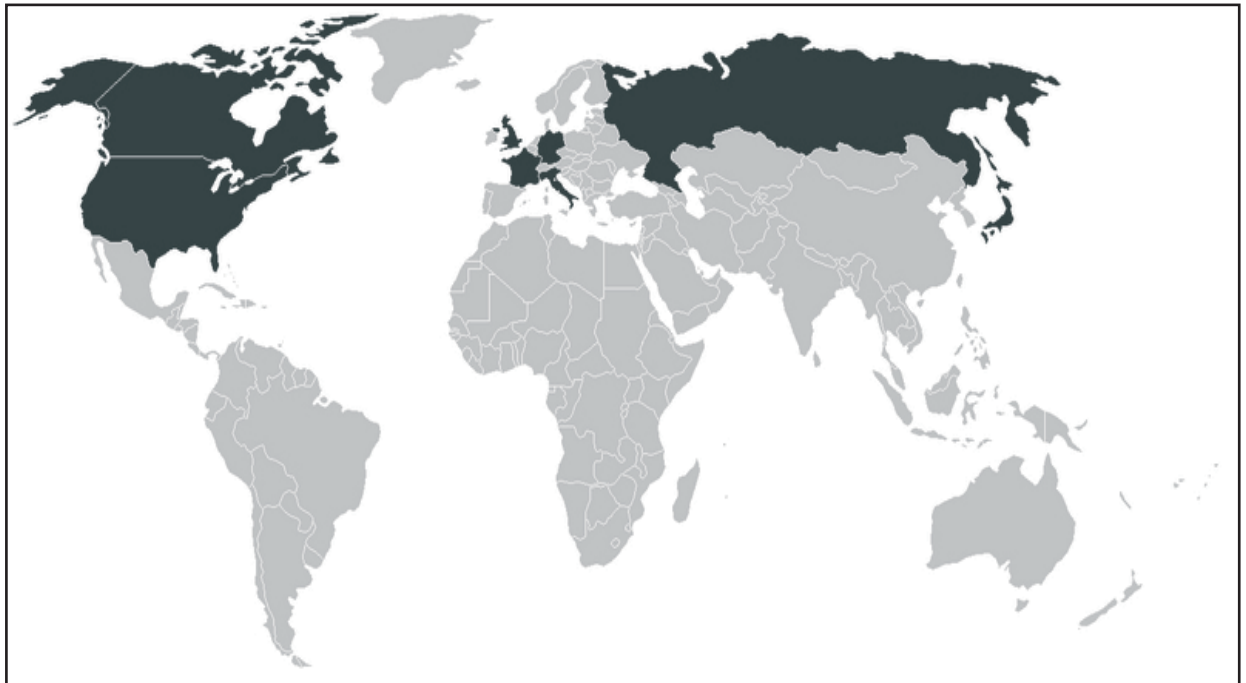
Eine kritische Weltöffentlichkeit, welche die Probleme der ‚ökonomischen Globalisierung‘ aufzeit ist die Basis für

ein Umdenken auf allen Ebenen. Wenn Hunderttausende während des G8-Gipfels in Deutschland protestieren, dann regt das Unpolitische zum Denken an und motiviert Unentschlossene zur eigenen Aktivität. Auch wenn man es nicht immer glauben mag – gemeinsam kann man etwas bewegen... wenn nur genügend mitmachen! Wir werden uns also darum bemühen, dass die Karlsruher Studentinnen und Studenten zur Großdemonstration nach Rostock zu fahren können:

Auf nach Rostock am 02. Juni 2007!

Michael Schmidt

| 12



Die Länder der G8 (dunkel markiert)

Aktionsplan gegen G8

Fr, 1.6.	Sa, 2.6.	So, 3.6.	Mo, 4.6.	Di, 5.6.	Mi, 6.6.	Do, 7.6.	Fr, 8.6.
					G8 – Gipfel		
Internationales Aktionscamp							
	Großdemo in Rostock	Aktionstag Landwirtschaft	Aktionstag Migration	Aktionstag gegen Militarismus, Krieg, Folter, ...		Demon- strationen	Schluss- kund- gebung?
		Neubesie- delung Bombodrom		Blockade Flughafen Laage	(Massen-)blockaden der Zufahrten nach Heiligendamm		
		Inhaltlicher Auftakt / opening event	Weitere Veran- staltungen	Gegengipfel / Alternativgipfel			
Vorpro- gramm?	Konzert am Platz der Abschlusskundgebung		Kultur beim/im Camp			Konzert mit Gröne- meyer	
		Gottesdienst in Doberan			„Heiliger Damm“		

13 |

Informationen auch unter:
<http://www.attac.de>
<http://www.dgb-jugend.de>
<http://www.move-against-g8.de/>

Anzeige



theorie: feminismus

| 14

Der Feminismus ist in der Krise: Der Irrweg einer durchgeknallten Kleinbürgerin wie Eva Herrmann mag hier als Beispiel dienen. In ihrem leidenschaftlichen Plädoyer für eine Rückkehr zu einem traditionellen Männer- bzw. Frauenbild, fordert sie eine Abkehr vom partybetonten „Sex-and-the-City“-Lifestyle der heutigen Frauengeneration, um schließlich wieder im sicheren Hafen von Kinder, Küche und Kirche landen zu können.

Wer meint, hier eine Ausnahme im bundesdeutschen Feuilleton vor sich zu haben, irrt. In Matthias Matusseks schwarz-rot-goldenem Hurra-Patriotismuswerk „Wir Deutschen“ wird die Moderatorin der Fernsehshow „Germanys Next Topmodel“, Heidi Klum, zum Vorbild einer Frauengeneration, zum deutschen „Fräuleinwunder“ hoch gelobt. Diese beiden Exponenten einer konservativen Wende im modernen Frauenbild sind beileibe keine Einzelfälle. Der Feminismus ist offenkundig in einer Sackgasse angekommen. Mittlerweile nur noch Mittel zum Erklimmen der Karriereleiter („Auch ich will Chefin sein!“), immer von der steten Gefahr begleitet selbst sexistisch (d.h. allumgreifende, pauschal anti-männliche Positionen zu vertreten) zu werden, muss

die fememistische Bewegung – egal ob sie innerhalb oder ausserhalb der traditionellen Linken steht – ihre eigenen Positionen einer kritischen Überprüfung unterziehen. Doch was macht den Feminismus zum Feminismus, zur fortschrittlich-gestaltenden Bewegung?

Feminismus bezeichnet nicht nur eine Lehre oder ein Postulat, sondern steht gleichzeitig auch für die Bewegung, die Veränderung selbst. Der Feminismus muss seine Analyse, seine Theorie, mit seiner steten Aktion, seiner Praxis, verknüpfen. Genau hierin liegt das momentane Problem: Die feministische Analyse beschränkt sich auf den verkürzten Emma-„Feminismus“ und hat kein klares Ziel.

Ziel des Feminismus muss jedoch Überwindung einer durch männliche Strukturen beherrschten Gesellschaft zum Ziel haben und damit eine GLEICHSTELLUNG der Geschlechter erreichen. Das heißt zum Einen, er muss eben genau eine Gleichstellung der Geschlechter erreichen und nicht nur das weibliche Geschlecht lediglich „besser“ stellen. Zum anderen ist eine Überwindung der jetzigen, patriarchalisch geprägten Ge-

sellschaftsstrukturen jedoch nur möglich, wenn sich diese Strukturen auch in ihren materiellen Grundlagen ändern bzw. geändert werden. Durch die – gesellschaftlich hergestellten – unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen von Männern und Frauen sind die jeweiligen Rollenverhalten „anerzogen“. Das heißt im Umkehrschluss nun nicht, dass eine Gleichstellung ebenfalls „hin-erzogen“ werden könne. Denn das ignoriert die ökonomisch-materielle Grundlage, auf Grund derer sich die jeweiligen Sozialisationsunterschiede zwischen Männern und Frauen zeigen, bzw. entstanden sind. Das bedeutet vielmehr, dass es einen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Struktur und dem Verhältnis der Geschlechter zu einander gibt. Gesellschaftliche Struktur und Geschlechterverhältnis stehen in einer steten Wechselwirkung zueinander und können auch nur innerhalb dieser Wechselwirkung geändert werden.

Soll heißen: Eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen kann eine Veränderung des Verhältnis der Geschlechter zueinander zur Folge haben, aus welcher wiederum die Grundlage einer neuen gesellschaftlichen Struktur entstehen

kann usw. Das Ziel eines Feminismus des 21. Jahrhunderts muss die Emanzipation der Frauen von den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und damit einher gehend die Umgestaltung eben dieser Gesellschaft zum Ziel haben. Nur so kann der Feminismus in Zukunft eine gesellschaftlich-emanzipierende Kraft sein.

Michael Fischer



zur person: louise schröder

Bei Rechercharbeiten zur Parteigeschichte bin ich kürzlich über das Bild einer Frau gestoßen, das mich verwunderte: Eine etwas schrullig wirkende ältere Dame mit noch schrulligerem Hut blickte mich freundlich an. Mit diesem Erscheinungsbild erinnerte sie mich eher an eine Dame an Uromas Kaffeekränzchen, denn an eine politische Kämpferin, doch nach dem Alter des Bildes zu urteilen, musste sie genau das gewesen sein, denn das Bild stammte aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Damit hatte die freundliche Hutträgerin meine Neugier geweckt. Ich begann den zugehörigen Text zu lesen und lernte, dass es sich um Louise Schröder handelte und nach weiterem Lesen erfuhr ich, dass sie nach dem 2. Weltkrieg Bürgermeisterin von Berlin gewesen war– bis heute die einzige Frau in diesem Amt.

Geboren wurde sie 1887 in Altona,

damals noch Schleswig-Holstein, als vierte Tochter einer Arbeiterfamilie, wo sie schon früh mit der SPD in Kontakt kam.

1910 wurde sie selbst Parteimitglied und engagierte sich aktiv, 1919 war sie



Louise Schröder, Bundestagsabgeordnete und Bürgermeisterin von Berlin

so eines der jüngsten Mitglieder der Weimarer Nationalversammlung. Sie blieb danach auch Reichstagsabgeordnete, bis sie 1933 durch die Nationalsozialisten sämtlicher Ämter enthoben wurde. Danach erschwerte sich die politische Arbeit für sie erheblich, da sie sich zwei mal täglich auf der Polizeistation melden musste und zudem regelmäßig Hausdurchsuchungen in ihrer Wohnung stattfanden. Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, investierte sie ihre Ersparnisse in einen Bäckerladen, von dem sie einige Zeit

leben konnte. Da sie sich weigerte, an ihrem Geschäft an Feiertagen Nationalsozia-

listische Symbole anzubringen, konnte sie von den Einkünften schließlich nicht mehr leben, weil ihre Kunden sie nach und nach alle boykottierten. So zog sie nach Berlin, wo sie eine Anstellung fand, den Krieg überstehen konnte und sich anschließend am Wiederaufbau Berlins beteiligte.

Sofort nach Kriegsende wurde sie auch wieder für die SPD aktiv und konnte so 1946 Berlins erste und einzige weibliche Bürgermeisterin werden – der eigentlich für das Amt vorgesehene Ernst Reuter wurde von den Besatzermächten nicht anerkannt. Die Erwartung vieler, sie könne als Frau dieses Amt schwächer ausfüllen und sich gegen die „großen Mächte“ nicht richtig durchsetzen wurden nicht bestätigt. Louise Schröder schaffte es, einen Ansturm gewalttätiger Kommunisten auf das Berliner Stadthaus zu beschwichtigen und wurde 1948 in der Frankfurter Paulskirche zur Präsidentin des Deutschen Städtetages gewählt.

Durch ihr Amt als Bürgermeisterin Berlins hatte sie nun auch eine zentrale Position in der deutschen Außenpolitik inne, weswegen sie in dieser Zeit trotz ihrer durch den Krieg immer noch geschwächten Gesundheit das westeuropäische Ausland bereiste und intensive Gespräche mit den dortigen Politikern führte.



Louise Schroeder und Kurt Schumacher auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg am 29. Juni 1947

Als 1949 der erste Bundestag nach dem Krieg gewählt wurde war natürlich auch Louise Schröder Abgeordnete. Außerdem wurde sie auch in den Europarat delegiert, der im selben Jahr erstmals gewählt wurde.

Beeindruckend ist jedoch vor allem, wie Louise Schröders durch ihre Zeitgenossen beschrieben wurde: Sie wurde in ihrem Schaffen als Frau wahrgenommen und hat sich von den Männern nicht in ihrer Art beirren lassen. Sie agierte als Frau und setzte sich durch – ein Vorbild, auch heute noch!

- | | |
|-----------|--|
| 2.4. 1887 | Louise Schröder wird in Altona (Elbe) geboren |
| 1910 | Eintritt in die SPD |
| 1919 | Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt |
| 1919 – 20 | Mitglied der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung |
| 1947 – 48 | Berliner Oberbürgermeisterin |
| 1948 | Gründungsausschuss der FU Berlin |
| 1949 – 57 | Mitglied des Deutschen Bundestages und im Europarat |
| 4.6. 1957 | Louise Schröder stirbt in Berlin |

Willy Brandt über Louise Schröder:

Ich möchte mich einmal an die Stelle eines Mitbürgers setzen, der durch Zufall die Protokolle des Deutschen Bundestages in die Hände bekommt, sie durchblättert und sich daranmacht, auf dieser sehr begrenzten Grundlage ein Bild von der Persönlichkeit Louise Schröder zu gewinnen.

Einem solchen, die Protokolle lesenden Mitbürger würde Louise Schröders warme Stimme fehlen. Er würde nicht um ihre gütig-blitzenden Augen wissen, auch nicht um ihr selbst in der Hitze der Auseinandersetzung konsequent zum Ausgleich drängendes Wesen. Aber er würde dennoch aus den papierenen Aufzeichnungen, aus der trockenen Wiedergabe von Worten ein der Wirklichkeit nahes Bild der Persönlichkeit gewinnen.

Beim Nachlesen der Protokolle der Reden Louise Schröders im Bundestag trifft man immer wiederauf die beiden Themen „Berlin“ und „Sozialpolitik“, die im Grunde bei ihr stets in ein einziges verschmelzen. Wenn sie so energisch für Berliner Anliegen eintrat, dann eigentlich nie aus dem Wunsch heraus, besondere Vorteile für unsere Stadt herauszuschlagen. Darum ging es ihr nicht. Eindringlich machte sie immer wieder klar, daß das Ringen um Berlin nichts anderes als ein Kampf für das ganze Deutschland in Frieden und Freiheit gewesen ist. „Wenn wir Hilfe wollen, dann nicht, um besser leben zu können, sondern weil wir sie brauchen. Wir müssen sie haben, um den Kampf führen zu können, den Kampf im Vorfeld für die

deutsche Demokratie. Wenn sie sich vergegenwärtigen, wie totalitäre Strömungen immer wieder in der Bundesrepublik in Erscheinung treten, dann werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage: Berlins Kampf ist ein deutscher Kampf. Er ist ein Kampf für Deutschlands Demokratie, für den Frieden Europas!“ (Louise Schröder, 8.2.1950-35. Sitzung)

Dies wäre also das „protokollarische“ Bild Louise Schröders, wie es unserem angenommenen Leser aus den Niederschriften der Verhandlungen des Bundestages deutlich wurde. Vermutlich würde dieser Leser aber zu den 66 Prozent gehören, die 1951 – ohne daß Berlin beteiligt war – auf die Frage eines Frankfurter Instituts nach der Kenntnis von Frauen im deutschen öffentlichen Leben an erster Stelle Louise Schröder nannten. Sie sei zum Typ der im politischen Leben sich bewährenden deutschen Frau geworden, hieß es als Ergebnis der damaligen Umfrage.

Selbst hat sie einmal geschrieben: „Wo immer gerungen worden ist um die Wiedervereinigung und Wiedereingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker und damit um den Frieden, wo immer gekämpft worden ist um ein einheitliches Deutschland, waren Frauen mit daran beteiligt.“



Solz, Arno und Oschilewski, Walther G. (Hg.): Louise Schröder. Ein Frauenleben unserer Zeit, Berlin 1956
Koerfer, Marthina: Louise Schröder. Eine Frau in den Wirren der deutschen Politik, Berlin 1987

Jasmin Sille

asylpolitik der EU

Zu Beginn der Harmonisierung des Binnenmarktes erklärten die EU-Staaten ihren Respekt vor dem „Recht Asyl zu suchen“ und verpflichteten sich dazu gemeinsame europäische Mindeststandards bzw. ein gemeinsames Asylsystem auf Basis der uneingeschränkten Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention aufzubauen, was bis heute noch nicht geschehen ist.

Im April 2004 erklärte das Amt des zuständigen UN-Kommissars (UNHCR = United Nations High Commissioner for Refugees) die Enttäuschung über das ungehaltene Versprechen.

Durch verbindliche europäische Regelungen werden Art und Durchführung des Asylrechts unabhängig von den nationalstaatlichen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten. Die Gewährleistung des Flüchtlingsschutzes auf Grundlage der uneingeschränkten Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention, faire Asylverfahren, menschenwürdige Aufnahmebedingungen und der gefahrenfreie Zugang zum Territorium der EU sollten laut PRO ASYL die Grundpfeiler eines gemeinsamen Asylsystems sein. Die Hoffnungen auf Verbesserungen des Flüchtlingsschutzes

verpufften im Laufe der Verhandlungen. „In der Debatte gehe es nicht mehr um ein gemeinsames europäisches Asylrecht, also um den Schutz von Flüchtlingen, sondern den Schutz der EU-Staaten vor Flüchtlingen,“ kritisiert PRO ASYL

Durch den Bau von Grenzschutzanlagen wurden in den letzten Jahren nahezu alle legalen Zugangsmöglichkeiten zum europäischen Territorium verschlossen. Die EU verhindert die legale und gefahrenfreie Einreise von Flüchtlingen und arbeitet seit Jahren an der Unterbindung illegaler Grenzüberschritte. Militärische Aufrüstung der EU-Außengrenzen, der Bau von unmenschlichen und gefährlichen Grenzanlagen und Rückübernahmeabkommen mit den Herkunftsstaaten sind praktizierte Methoden in der EU. Die Territoriumsabschottung ist eine Strategie zur „Bekämpfung der illegalen Migration“, führt aber unmittelbar zur Steigerung der organisierten Kriminalität in der Fluchthilfe, also zur Unterstützung von mit menschenverachtenden und lebensgefährlichen Methoden handelnden kommerziellen Schleuserorganisationen. Offiziell kamen seit 2002 über 1000 Menschen an den europäischen Außengrenzen

ums Leben, die Dunkelziffer liege nach Schätzungen weit darüber. Große Flüchtlingstragödien wie z.B. durch Schiffsunfälle machen nur für kurze Zeit Schlagzeilen, die alltägliche Situation an den Grenzen von Europa wird von den Medien gemieden.

Die Zahl der Asylanträge innerhalb der EU hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert. In Deutschland sanken die Asylozugangszahlen im Jahr 2003 auf 50000 dem niedrigsten Stand seit 1984. Der sinkende Trend der Asylgesuche setzt sich bis heute fort. Gestiegen ist dagegen die Zahl der Abschiebungen aus Europa.

| 20

Zwischen 1999 und 2001 veröffentlichte die EU-Kommission Richtlinien zu Asylverfahren, sozialen Aufnahmebedingungen, Familienzusammenführung, Flüchtlingsbegriff und ergänzenden Schutzformen, wobei Brüssel in dem Richtlinienentwurf höhere Mindeststandards anstrebte, als den Nationalstaaten der EU lieb war. Es kam zur Blockade und Verwässerung der Vorschläge durch die Innenminister der EU-Staaten, allen voran durch Deutschland, Großbritannien und Österreich. Diese zeigten sich nicht bereit restriktive Asylgesetze aufzuheben. Nationale Regelungen wurden weiter ausgebaut im Sinne von schnelleren Asylverfahren, mehr Lagern, längerer Abschiebungshaft, effizientere Abschiebungspraktiken und teilweiser oder vollständiger Ausschluss von Sozialleistungen. Man einigte sich auf EU-Ebene lediglich auf Maßnahmen, die den Fluchtweg nach

Europa versperren, ein gemeinsames Asylrecht steht weiterhin aus. Eine Asylpolitik der Abschreckung und Abschottung von Asylsuchenden ist die Folge.

Die Bundesregierung blockierte monatelang die Verabschiedung der Richtlinie zum Flüchtlingsbegriff und sorgte für massive Einschränkung der Rechte von Flüchtlingen. Verbindliche Mindeststandards verkümmerten zu Kann-Bestimmungen. Es ist möglich Flüchtlingsgruppen nur soziale und medizinische Basisleistungen zu gewähren, aber den Arbeitsmarktzugang einzuschränken. Hohe europäische Schutzstandards für Flüchtlingskinder erfuhren in der Aufnahme richtlinie einschneidende Einschränkungen. Unbegleitete Minderjährige können bereits ab 16 Jahren in Lagern gemeinsam mit erwachsenen Asylsuchenden untergebracht werden. Deutschland und Österreich zerpflückten die Richtlinie zur Familienzusammenführung und senkten das Nachzugsalter bei Migrantenkindern von 18 auf 12 Jahre, d.h. nur Kinder von bis zu 12 Jahren dürfen nachziehen. Das Europaparlament war empört über diese Richtlinie und versuchte am 11. Dezember 2003, die Richtlinie vor dem Europäischen Gerichtshof annullieren zu lassen. Deutschland setzte in der Aufnahme richtlinie die EU-weit einzigartige Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Asylsuchende (Residenzpflicht) als Kann-Regelung durch und verhinderte eine europäische Regelung des Arbeitsmarktzugangs für Asylsuchende.

Am 29. April 2004 erzielten die Innenminister eine schockierende politische Einigung über die Asylverfahrensrichtlinie. Der Hohe Flüchtlingskommissar der UN, der Europäische Flüchtlingsrat ECRE und in Deutschland ein breites Bündnis von PRO ASYL, amnesty international, Wohlfahrtsverbänden, Richter- und Anwaltsvereinigungen hatten monatelang vergebens die Ablehnung dieser Verfahrensrichtlinie gefordert. Ein Asylsuchender kann in ein Drittland zurückgewiesen werden, ohne dass er es jemals betreten hat. Selbst Staaten die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert haben dürfen als „sichere Drittstaaten“ qualifiziert werden. Großbritannien setzte durch, dass sogar Teilstaaten als „sichere Herkunftsländer“ erklärt werden können. Diese Richtlinie ermöglicht somit eine Auslagerung des Flüchtlingsschutzes in die unmittelbare Herkunftsregion oder gar in das Herkunftsland. Potentiell sichere Drittstaaten heißen Russland, Weißrussland, Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Kroatien, Mazedonien und Türkei. Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen noch heute an der Tagesordnung und internationale Flüchtlingsstandards nicht vorhanden sind. Wird diese Richtlinie zum europäischen Standard, können Asylsuchende in ein Land zurückgewiesen werden, in dem ihnen massive Menschenrechtsverletzungen drohen oder gar die Kettenabschiebung bis ins Verfolgerland.

Direkt nach dem Jahr mit der höchsten Todesrate an den europäischen Außengrenzen übernimmt Deutschland die

EU-Ratspräsidentschaft. Alleine auf dem Weg von Westafrika zu den Kanarischen Inseln kamen 2006 rund 6.000 Flüchtlinge und Migranten ums Leben.

Für PRO ASYL ist die zentrale Frage an die kommende EU-Präsidentschaft Deutschlands: Findet die EU auf das Massensterben an den Außengrenzen eine andere Antwort als militärische Abwehrmaßnahmen, Auslagerung des Flüchtlingsschutzes und fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen? Diese Frage bleibe bei der Lektüre des Programms der deutschen EU-Präsidentschaft „Europa gelingt gemeinsam“ unbeantwortet. Das von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vorgelegte Programm folge einer restriktiven Agenda und blende Menschenrechte und Flüchtlingsschutz aus, heißt es weiter. Für PRO ASYL hat die Durchsetzung der Menschenrechte oberste Priorität für die deutsche EU-Präsidentschaft: Flüchtlingen ist der gefahrenfreie Zugang zum EU-Territorium und zu einem fairen Asylverfahren zu gewährleisten. Europa braucht legale Einwanderungsmöglichkeiten, damit Migranten nicht lebensgefährliche Wege beschreiten müssen.

Immer wieder werden Flüchtlinge und Migranten, weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit, an der spanisch-marokkanischen Grenze um Melilla schwer verletzt, misshandelt oder gar erschossen. Die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL recherchierte vor Ort, mit erschreckendem Ergebnis:

„In der Presse wird selten über die Grenzsituation berichtet, wer eigene Nachforschungen vor Ort anstellt muss mit erheblichen Problem seitens der Behörden rechnen. Spanische Panzerpatrouillieren Tag und Nacht am Zaun, marokkanische Behörden schießen mit scharfer Munition, es herrscht ein Klima der Einschüchterung. Als im Herbst 2005 hunderte Menschen versuchten, den Grenzzaun zu überwinden, wurden mindestens 14 Menschen getötet. Einige von ihnen wurden erschossen. Der Sachverhalt ist bis heute nicht aufgeklärt. Niemand will sich hierfür verantwortlich erklären, viele Zeugen sind längst abgeschoben,“ so PRO ASYL. Erst jüngst hat die spanische Regierung mit Hilfe von EU-Geldern die Grenze zu Melilla zu einem neuen Eisernen Vorhang aufgerüstet, der Erinnerungen an die ehemals deutsche Grenze weckt.

„Es heißt, Melilla verfüge über die modernste Grenzschutzanlage der Welt. Nach allem, was ich vor Ort gesehen habe, ist sie auch die unmenschlichste. Um sie zu überwinden, müssen die Flüchtlinge einen sechs Meter hohen Zaun übersteigen, wer oben ankommt fällt metertief in ein Geflecht aus Drahtseilen, die tiefe Wunden reißen. Zusätzlich treten Tränengas und Pfefferspray aus. Der zweite Zaun ist ebenfalls mit messerscharfen Natodraht ausgerüstet. Wer auch dieses Hindernis überwindet, steht vor einem weiteren mit Natodraht gesicherten sechs Meter hohen Zaun. Tiefe Schnitte und schwere Verletzungen sind

kaum vermeidbar. Marokkanische Soldaten wandern unmittelbar am Zaun Tag und Nacht auf und ab. Immer wieder wird scharf geschossen. Flüchtlinge die von marokkanischen Grenzschützern aufgegriffen werden, ergeht es sehr schlecht. Sie erzählen von Stockschlägen, Tritten und schwersten Misshandlungen,“ so das Urteil eines Mitarbeiters von PRO ASYL.

PRO ASYL appelliert an die spanischen und marokkanischen Regierungspräsidenten, auf die strikte Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Flüchtlingen und Migranten zu achten. Die unmenschliche Grenzanlage in Melilla muss entschärft und Schutzsuchenden ein gefahrenfreier Zugang zu europäischem Territorium gewährt werden. Gleichzeitig bitten Sie die Bundeskanzlerin Angela Merkel, sich in ihrer gegenwärtigen Funktion als EU-Ratspräsidentin für humane Lösungen an den EU-Außengrenzen einzusetzen. Das Appell kann von jedem unterstützt werden, PRO ASYL bietet zu diesem Zweck ein kostenloses Postkartenset auf ihrer Website unter der Adresse <http://www.proasyl.de> an. PRO ASYL ist eine Menschenrechtsorganisation und hat sich den Flüchtlingsschutz zu seiner Aufgabe gemacht. PRO ASYL setzt sich politisch und rechtlich für die Durchsetzung der Menschenrechte im Flüchtlingsschutz ein. Mehr zu Tätigkeiten und Veranstaltungen von PRO ASYL, Broschüren und Informationsmaterial zu einzelnen Problemfeldern der Asylpolitik findet Ihr ebenfalls auf der Website.

Peter Michl